



Vom Unbehagen an der Vielfalt

Vom Unbehagen an der Vielfalt

Robert Follmer, Dr. Jette Kellerhoff, Fridolin Wolf
infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH
im Auftrag der Bertelsmann Stiftung

Inhalt

Zusammenfassung	5
Der Ausgangspunkt	6
Populismus und Antipluralismus: Ein Definitionsversuch	8
Der Einfluss sozioökonomischer und regionaler Strukturmerkmale	11
Blick in die Tiefe: Antipluralistische Einstellungsunterschiede	15
Politische Orientierung und Parteipräferenz	17
Antipluralisten: Eine Typenunterscheidung	19
1. Die Zweifler	22
2. Die Verunsicherten	23
3. Die Frustrierten	24
4. Die Ausgegrenzten	25
Fazit und Ausblick	27
Literaturauswahl – zum Weiterlesen	29
Die Autoren	30
Impressum	31

Zusammenfassung

Der zunehmend schärfer werdende öffentliche Diskurs sowie Wahlerfolge populistischer Parteien haben die Frage aufgeworfen: Wie verbreitet sind (rechts-) populistische Einstellungen in der Bevölkerung und was sind das für Menschen, die sich mit solchen politischen Programmen identifizieren? Verschiedene empirische Analysen, vor allem aus politikwissenschaftlicher Perspektive, sind dem nachgegangen. In den Blick kamen auf diese Weise insbesondere sozioökonomische Faktoren, wie ein tendenziell niedriges Haushaltseinkommen und Bildungsniveau, aber auch regionale Merkmale: So ist die Neigung zu populistischen Positionen in den östlichen Bundesländern und in ländlichen Regionen verbreiteter. Neben dem Anspruch, einen vermeintlichen Volkswillen zu vertreten, und einer Antiestablishmenthaltung, ist eine ablehnende Einstellung gegenüber Vielfalt kennzeichnend für diesen (Rechts-)Populismus. Der aktuelle Regionalsurvey der Bertelsmann Stiftung – eine repräsentative Stichprobe von über 5.000 Bundesbürgern, die Anfang 2017 telefonisch zu Themenbereichen wie „Nachbarschaft“, „soziales Leben“ und „politische Einstellungen“ befragt wurden – nimmt diese antipluralistischen Haltungen in den Blick. Er liefert einen differenzierten Blick auf das Segment von Bürgerinnen und Bürgern, die eine überdurchschnittliche Affinität zu antipluralistischen Einstellungen aufweisen. Die Ergebnisse zeigen: Die Gruppe derjenigen, die Vielfalt eher skeptisch bis ablehnend gegenübersteht, ist bei Weitem nicht homogen. Deswegen ist ein gemeinsames Label für sie unangemessen. So finden sich hier einerseits Personen, die sozial etabliert und gut eingebunden sind, deswegen aber auch glauben, etwas zu verlieren zu haben. Diese sind vor allem aufgrund ihres konservativen Wertegerüsts gesellschaftlicher Vielfalt gegenüber skeptisch. Auf der anderen Seite stehen tief überzeugte Vertreter antipluralistischer Ansichten, die ihr Lebensumfeld überwiegend als sehr benachteiligend erleben und sozial kaum vernetzt sind. Diese Unterschiede in der Einstellung zu Vielfalt machen deutlich, dass auch der Umgang mit der populistischen Herausforderung generell differenziertere Strategien erfordert. Dazu gehört auf der einen Seite die Bereitschaft, sich auf eine offene politische Auseinandersetzung einzulassen, anstatt das Gespräch zu verweigern. Auf der anderen Seite ist eine achtsame Sozialpolitik, Stadt- und Regionalplanung gefordert, die objektive Ursachen von Benachteiligung angeht.

Der Ausgangspunkt

Ohne Zweifel ist in unserer Welt einiges in Bewegung geraten: Die zunehmende globale Vernetzung überwindet Grenzen, zugleich rücken die Krisen in den verschiedenen Weltregionen dichter an uns heran. Flüchtlingsströme, empfundene sowie tatsächliche Ungleichheiten, ein auseinanderdriftendes Europa, Terroranschläge, die Trump-Wahl – diese und andere Entwicklungen werfen Fragen auf und können Angst machen. Die alte Bundesrepublik scheint ebenso der Vergangenheit anzugehören wie die vertraute Balance der Weltmächte, die auch nach der Überwindung der Gegensätze von Ost und West noch gewahrt schien.

Tatsächlich sind viele Bürgerinnen und Bürger verunsichert, dies legt eine Reihe aktueller Umfrageergebnisse nahe. Der mentale Mix aus Angst und der Sorge vor gesellschaftlicher Veränderung bleibt nicht ohne Folgen: Ein Gefühl des Kontrollverlusts und damit der Zweifel daran, gesellschaftlichen Herausforderungen überhaupt noch adäquat begegnen zu können, wächst in einigen Bevölkerungsgruppen zumindest temporär. Hinzu kommen Neid sowie Ressentiments gegenüber dem Neuen und Fremden. Zugleich – das legen verschiedene empirische Befunde nahe – sinkt das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der politischen Institutionen und wächst die Politikverdrossenheit. In einer solchen Stimmung liefern populistisch orientierte Politiker den Unzufriedenen, Ängstlichen, Verunsicherten und Wütenden scheinbar einfache Antworten, die auf eine Überwindung der neuen Unübersichtlichkeit zielen. Eine typische Stoßrichtung: deutliche Vorbehalte gegenüber gesellschaftlicher Vielfalt (vgl. Bertelsmann Stiftung 2016). Aus der Sicht mancher Adressaten zeigen sie damit eine erfreulich „klare Kante“ – zumindest, solange sie nicht in politischer Verantwortung stehen.

Die medialen Schwerpunktsetzungen legen nahe, dass derartige Politikangebote gegenwärtig einen Aufschwung erleben. Mitunter wird gar vom Rückzug der Demokratie gesprochen. Dabei klingt es in den öffentlichen Debatten häufig so, als hätten wir es mit einem vollkommen neuen Phänomen zu tun, das erst seit einigen wenigen Jahren existiert. Dabei lässt sich das dahinter stehende Unbehagen in Teilen der Bevölkerung schon seit Langem beobachten. Insofern lohnt es sich darüber zu diskutieren, ob wir angesichts des Rückzugs auf das Nationale und der wachsenden Zustimmung zu Autokraten wirklich ein einzigartiges „Zeitalter des Populismus“ erleben (vgl. Bertelsmann Stiftung 2017). In der Tat geben aber die Wahlerfolge populistischer Parteien im europäischen Umfeld und der Umstand, dass in Deutschland die AfD als rechtspopulistische Partei in 13 von 16 Landtagen vertreten ist, Anlass zur Frage nach dem Warum. Damit sind weitere Fragen verbunden: etwa, wie verbreitet das Unbehagen an der Vielfalt tatsächlich ist, wie viele Menschen in Deutschland also antipluralistische Einstellungen

vertreten. Und: Geht damit zwangsläufig eine hohe Empfänglichkeit für populistisch geprägte Antworten einher? Immerhin sind von einer vorsichtigen Skepsis bis hin zu offen ablehnenden Haltungen gegenüber gesellschaftlicher Vielfalt verschiedene antipluralistische Positionen denkbar. Schließlich: Führen solche Einstellungen dauerhaft zu einer Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts oder bleiben sie eher episodisch? Welche Rolle spielen gesellschaftliche Ereignisse und Konflikte sowie Ängste und Sorgen bei der Beschreibung des Phänomens?

Fragen wie diesen sind wir im Auftrag der Bertelsmann Stiftung nachgegangen und haben dazu eine Sekundäranalyse auf Basis des Regionalsurvey zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland vorgenommen. Dabei ging es explizit nicht darum, aus politikwissenschaftlicher Perspektive auf die Phänomene Antipluralismus und Populismus zu blicken. Forschungsleitend war vor allem der Anspruch, einen differenzierenden Blick auf die hierfür affine Bevölkerungsgruppe und ihr regionales und soziales Umfeld zu werfen. Denn trotz allgemein wirkender struktureller Einflussfaktoren sind die Einstellungsunterschiede innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe signifikant, wie die folgenden Ausführungen zeigen sollen. Das hat Folgen für den politischen und gesellschaftlichen Umgang damit, etwa die Identifikation von „Gefährdungspotenzialen“ und von gesellschaftlichen Schutzmechanismen.

infas hat den bundesweit angelegten Regionalsurvey zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland erstmals im Frühjahr 2017 für die Bertelsmann Stiftung erhoben (siehe Projektsteckbrief/Regionalsurvey). Die rund 5.000 telefonisch Befragten wurden um ihre Meinung gebeten zu Themen wie Nachbarschaft und soziale Netze, Vertrauen in Mitmenschen, Akzeptanz von Diversität, Flüchtlingssituation, Solidarität und Hilfsbereitschaft, gesellschaftliches Engagement, Gerechtigkeitsempfinden, soziale Teilhabe, Politikinteresse sowie Vertrauen in gesellschaftliche und politische Institutionen.

Durch die Verknüpfung dieser Themen erlaubt die Erhebung Antworten auf die Frage, warum und wie stark bestimmte gesellschaftliche Gruppen empfänglich sind für starke Vorbehalte gegen gesellschaftliche Vielfalt. Gleichzeitig waren einer solchen themenspezifischen Betrachtung praktische Grenzen gesetzt, da der Regionalsurvey von seiner Anlage her auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und nicht den Komplex „Antipluralismus“ ausgerichtet ist. Die Herausforderung bestand also zunächst darin, eine Maßeinheit für antipluralistische Einstellungsmuster entlang des vorhandenen Fragensets zu entwickeln, die sich an wissenschaftlichen Definitionsbemühungen orientiert.

Projektsteckbrief/Regionalsurvey

- 5.041 Befragte ab 16 Jahren
- telefonische Interviews (Dual-Frame-Stichprobe, also Festnetz und Mobilfunk, nach ADM*-Design)
- Befragungszeitraum: Frühjahr 2017
- Regionalisierung der Stichprobe in eigens für dieses Projekt gebildeten Raumordnungsregionen, entwickelt von infas 360 GmbH
- Interviewlänge etwa 30 Minuten
- Fragebogenentwicklung durch die Bertelsmann Stiftung sowie die Jacobs University Bremen
- Stichprobenkonzeption und Durchführung der Erhebung durch infas
- Bildung eines mehrdimensionalen Indexes zum Antipluralismus auf Basis einer faktoranalytischen Gewichtung der einfließenden Einzelfaktoren.

* ADM = Arbeitsgemeinschaft deutscher Marktforschungsinstitute

Populismus und Antipluralismus: Ein Definitionsversuch

Eine angemessene Definition von Populismus sowie die Operationalisierung der damit verbundenen antipluralistischen Einstellungsmuster stehen vor der Schwierigkeit, dass in der öffentlichen Debatte scheinbar immer schon klar ist, was gemeint ist: Das Etikett „Populist“ wird schnell vergeben und bleibt oft nur grob umrissen; wahlweise werden Politiker, Parteien und Wähler so bezeichnet. Gezielt wird damit heute zumeist auf die rechte Variante des Populismus, obgleich dieser vom Grundsatz her zunächst weder politisch links noch rechts ausgerichtet ist.

Im wissenschaftlichen Diskurs besteht trotz unterschiedlicher Positionen Konsens darüber, dass Populismus durch drei Dimensionen näher bestimmt ist:

- Vorbehalte gegen Vielfalt und demokratische Orientierungen (Antipluralismus),
- der Anspruch, alleine den „Volkswillen“ auszudrücken (Alleinvertretungsanspruch),
- Vorbehalte gegen die etablierten politischen Akteure (Antiestablishment und Skepsis gegenüber Institutionen).

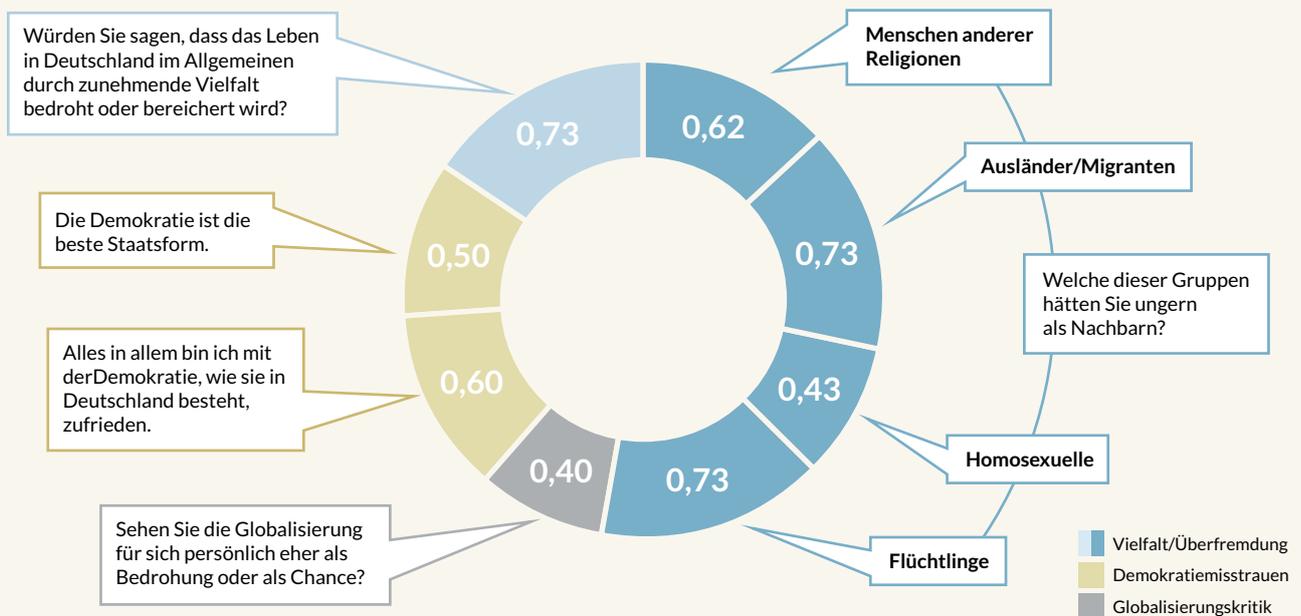
Antipluralismus ist demnach ein allgemeines Kennzeichen populistischer Orientierungen, aber er muss nicht notwendig zu ihnen führen. Andere Merkmale müssen hinzukommen. Während eine demokratische Auseinandersetzung die Anerkennung unterschiedlicher Meinungen und Interessen voraussetzt, legt die populistische Form eine Freund-Feind-Orientierung zugrunde. Diese kann verschiedene Richtungen einnehmen. Verbindet sich vertikale Ebene („die da oben“ – „wir hier unten“) mit einer horizontalen („wir“ – „die anderen“), lässt sich von rechtspopulistischen Einstellungen sprechen. Konstitutiv ist dabei die Annahme einer homogenen Gruppe („das Volk“), die eine mehr oder minder scharfe Ausgrenzung derer erlaubt, die nicht dazu gehören (vgl. van de Wetering 2016). Solche politischen Einstellungen tendieren zum Rechtsradikalismus, aber sie sind so lange nicht rechtsextremistisch, wie sie nicht aktiv gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sind. Unter anderem müsste also eine höhere Gewaltaffinität hinzukommen. Die Grenzen zwischen Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus sind allerdings fließend.¹

¹ Vgl. zur Unterscheidung das Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung: Nandlinger 2008.

Vor diesem Hintergrund kristallisieren sich Einstellungsmuster heraus, die zur Operationalisierung antipluralistischer Haltungen herangezogen werden können. Dazu zählen etwa die Wahrnehmung einer Gefährdung der nationalen Identität und Bedrohung durch Vielfalt, Szenarien der Überfremdung, das Negativbild des institutionellen und politischen Establishments sowie die Ablehnung von sozialen und ethnischen Minderheiten. Ebenso dazu gehören demokratiesskeptische Überzeugungen.

Um hierzu genauere Erkenntnisse zu gewinnen, wurden aus dem Regionalsurvey Fragen herangezogen, die die Bewertung von Vielfalt, Demokratiemisstrauen, Globalisierungskritik, die Angst vor Überfremdung und die Abwertung von bestimmten gesellschaftlichen Teilgruppen wie Ausländern oder Homosexuellen messen. Indikatoren für Einstellungen gegen das politische Establishment, die für die Populismusdefinition erforderlich wären, waren im Datensatz nicht verfügbar. Aus den ausgewählten Fragen haben wir einen gewichteten, additiven Gesamtindex zum Themenkomplex „Antipluralismus“ gebildet. Er bringt die Intensität entsprechender Einstellungen gebündelt zum Ausdruck. Die zugrunde liegenden Fragen fließen mit unterschiedlichen analytischen Gewichten entsprechend ihrer Erklärungskraft ein (vgl. Abbildung 1). Eine vergleichsweise hohe Erklärungskraft erlangen in diesem Zusammenhang die Merkmale zur Akzeptanz von Diversität sowie sozialen und ethnischen Minderheiten. Etwas abgeschwächt gilt dies für die ebenfalls berücksichtigte persönliche Einstellung zur Globalisierung.

ABBILDUNG 1 Dimensionen und Indexbildung „Antipluralismus“



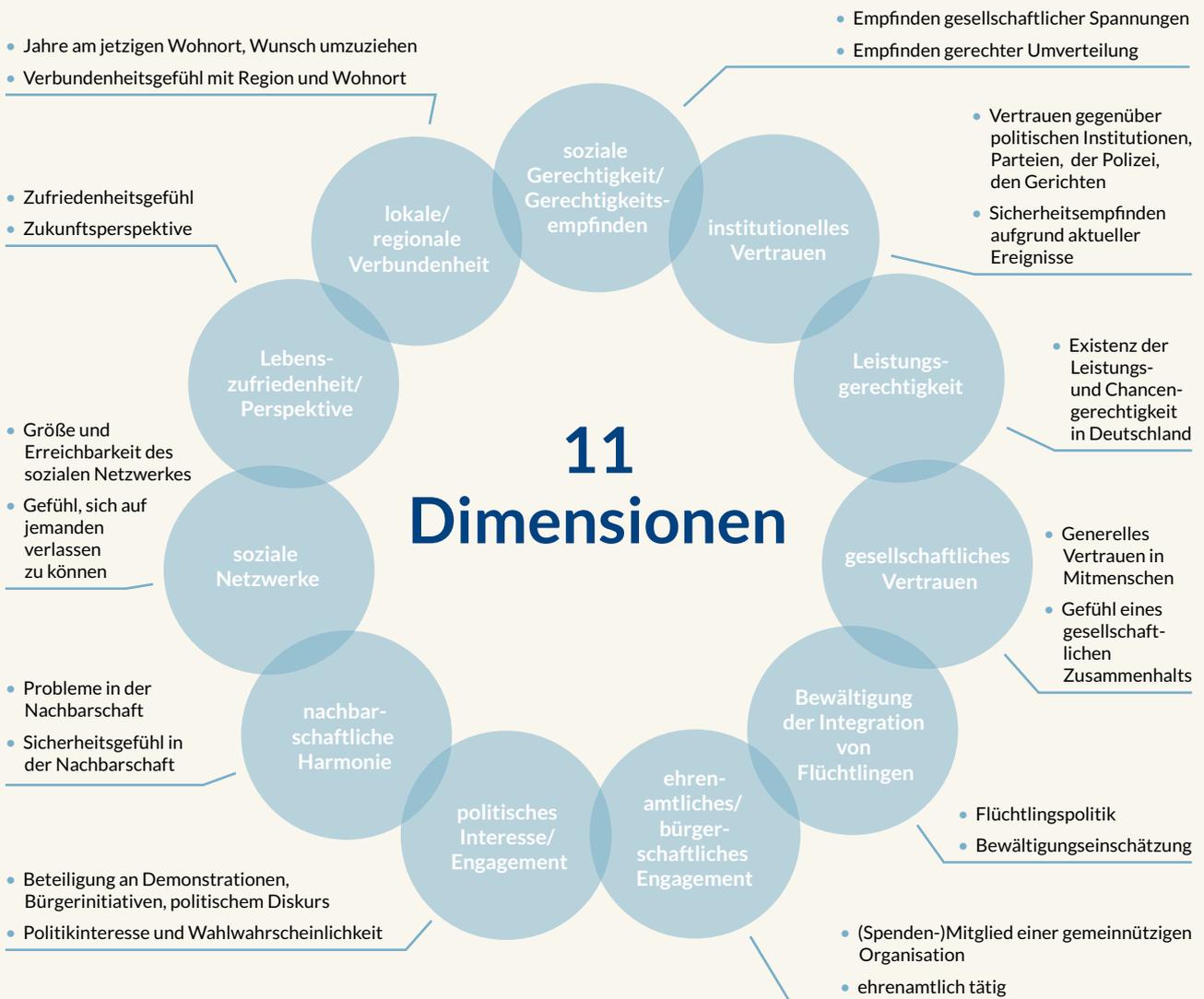
Die Zahlenangabe in den einzelnen Ringabschnitten stellt die Gewichtung des jeweiligen Items im Gesamtindex auf Basis einer Faktorenanalyse dar. Je näher der Wert an einem Betrag von 1 liegt, desto stärker ist die Bedeutung im Index. Zur weiteren Orientierung geben die Farben den jeweiligen inhaltlichen Schwerpunkt an.

Quelle: Regionalsurvey 2017

infas | BertelsmannStiftung

Um im nächsten Schritt trennende und verbindende Faktoren zwischen Befragten mit einem ausgeprägten antipluralistischen Meinungsbild und solchen mit geringeren Vorbehalten aufzuspüren, haben wir ein mehrdimensionales Analysemodell entwickelt, das soziale Vernetzung und Integration, Lebenszufriedenheit, lokale und regionale Verbundenheit, politische Partizipation sowie Einstellungen zu Institutionen, Politik und Gesellschaft misst. Dazu haben wir analog zum dargestellten Antipluralismusindex weitere elf Dimensionsindizes konzipiert. Sie fußen auf einem Merkmalset von insgesamt 73 Fragen, von denen keine in die zuvor gebildete Operationalisierung des Antipluralismusindexes eingeflossen ist. Einen Überblick dazu liefert Abbildung 2. Blau hinterlegt sind die verwendeten Dimensionen, denen stichwortartig die für die Operationalisierung genutzten Fragen beiseite gestellt sind.

ABBILDUNG 2 Zusammensetzung der erklärenden Dimensionen



Quelle: Regionalsurvey 2017

infas | BertelsmannStiftung

Der Einfluss sozioökonomischer und regionaler Strukturmerkmale

Für die weiteren Betrachtungen stehen nun der Antipluralismusindex sowie die elf erklärenden Dimensionen zur Verfügung. Das Indexergebnis nutzen wir, um die Personengruppe genauer in den Blick zu nehmen, die eine höhere Affinität zu einem antipluralistischen Meinungsbild hat. Zu dieser Gruppe der „Antipluralisten“ zählen wir alle Befragten mit einem überdurchschnittlichen Indexwert – insgesamt sind das 39 Prozent. Das heißt: Vier von zehn Befragten haben eine überdurchschnittliche Sympathie für antipluralistische Aussagen. Es handelt sich hier also nicht um ein Minderheitenphänomen, sondern um Haltungen, die in der Mitte der Gesellschaft zu finden sind. Dabei bedeutet ein überdurchschnittlicher Indexwert inhaltlich nicht, dass der oder die Befragte allen im Index verwendeten Aussagen zustimmt. Ausschlaggebend ist lediglich eine im Schnitt höhere Anzahl von Zustimmungen zu den einzelnen Merkmalen – also eine „Affinität“ im Sinne einer relativ weit abgesteckten Gruppe.

Wer verbirgt sich nun in dieser Gruppe und welche Faktoren begünstigen die Affinität zu antipluralistischen Einstellungen? Wichtige Anhaltspunkte liefert Tabelle 1. In soziostruktureller Hinsicht zeigt sich ein Einfluss des Bildungsniveaus: Befragte mit einem überdurchschnittlichen Antipluralismusindexwert sind im Schnitt formal etwas niedriger qualifiziert. Einen deutlichen Einfluss hat auch die Empfindung der eigenen wirtschaftlichen Lage: Wird diese schlecht oder sehr schlecht eingeschätzt, steigt der Anteil der Antipluralisten deutlich. Dies bestätigt der Blick auf objektive Einkommenswerte anhand der relativen Position zu einem berechneten Äquivalenzeinkommen (Haushaltseinkommen gewichtet über die Haushaltsgröße und -zusammensetzung nach OECD-Vorgaben). So ist der Anteil der Befragten mit geringerem Einkommen in der Gruppe der Antipluralisten deutlich größer. Keine wesentlichen Unterschiede bestehen beim Geschlecht. Ebenfalls gering fallen die Abweichungen der Anteilswerte nach Altersgruppen aus.

TABELLE 1 **Anteile „überdurchschnittliche Affinität zum Antipluralismus“ nach soziostrukturellen Merkmalen**

In Prozent

SOZIOSTRUKTURELLE MERKMALE	ANTEILE
Insgesamt	38,9
nach Geschlecht	
Männer	39,3
Frauen	38,5
nach Altersgruppen	
bis 25 Jahre	35,5
26 bis 35	42,9
36 bis 45	37,1
46 bis 55	38,6
56 bis 65	38,8
66 bis 75	39,3
76 Jahre und älter	42,0
nach Bildungsniveau	
sehr niedrig	57,1
niedrig	46,3
mittel	30,3
hoch	27,3
nach Selbsteinstufung der individuellen wirtschaftlichen Lage	
sehr schlecht	61,2
schlecht	62,2
gut	37,9
sehr gut	28,3
nach Äquivalenzeinkommen des Haushalts (ÄEK) gegenüber dem Mittelwert der Einkommensverteilung	
weniger als 60 %	51,3
60 bis 120 % des mittleren ÄEK	40,1
über 120 %	29,5

Basis: 5.041 Befragte ab 16 Jahren, Bundesrepublik gesamt.

Quelle: Regionalsurvey 2017

infas | BertelsmannStiftung

Im Ergebnis üben also sozioökonomische Faktoren den deutlichsten Einfluss aus. Trotz dieser Effekte kann jedoch festgehalten werden, dass eine Affinität zum Antipluralismus mehr oder weniger ausgeprägt in allen Gruppen zu finden ist. Dies unterstreicht auch der relativ hohe Anteilswert von rund 39 Prozent an der Gesamtstichprobe.

Ein klares Muster ergibt sich bei dem Blick auf räumliche Unterschiede, wie aus Tabelle 2 deutlich wird. Vor allem außerhalb der Ballungsräume, in ländlichen Regionen, zeigt sich eine überdurchschnittliche Affinität zu einem antipluralistischen Meinungsbild. Dies gilt sowohl für West- als auch für Ostdeutschland – dort allerdings auf höherem Niveau und überdurchschnittlich bereits in gemischt verstädterten Regionen. Der Unterschied verstärkt sich, wenn bezogen auf die

Wohnquartiere innerhalb der Gemeinde der Befragten eine Kaufkraftklassifikation hinzugezogen wird. Im Ergebnis verfügen Antipluralisten sowohl in West- als auch in Ostdeutschland je nach Region über eine um 10 bis 15 Prozent niedrigere Kaufkraftkraft. Dies gilt in ähnlichem Ausmaß in allen Regionstypen. Da die Kaufkraftkennziffern anhand einer Wohnadresse kleinräumig zugespielt wurden, liegt nahe, dass die antipluralistisch Orientierten innerhalb ihrer Gemeinde eher in statusschwächeren Wohnquartieren anzutreffen sind.

TABELLE 2 **Anteile „überdurchschnittliche Affinität zum Antipluralismus“ nach Regionstypen**

In Prozent

REGIONSTYPEN	ANTEILE
Insgesamt	38,9
nach Gebietstyp (BBSR*-Regionstyp)	
Westdeutschland gesamt	35,6
städtische Regionen	35,4
Regionen mit Verstärkeransätzen	33,5
ländliche Regionen	40,5
Ostdeutschland gesamt	55,0
städtische Regionen	51,9
Regionen mit Verstärkeransätzen	55,6
ländliche Regionen	56,3

*Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Basis: 5.041 Befragte ab 16 Jahren, Bundesrepublik gesamt.

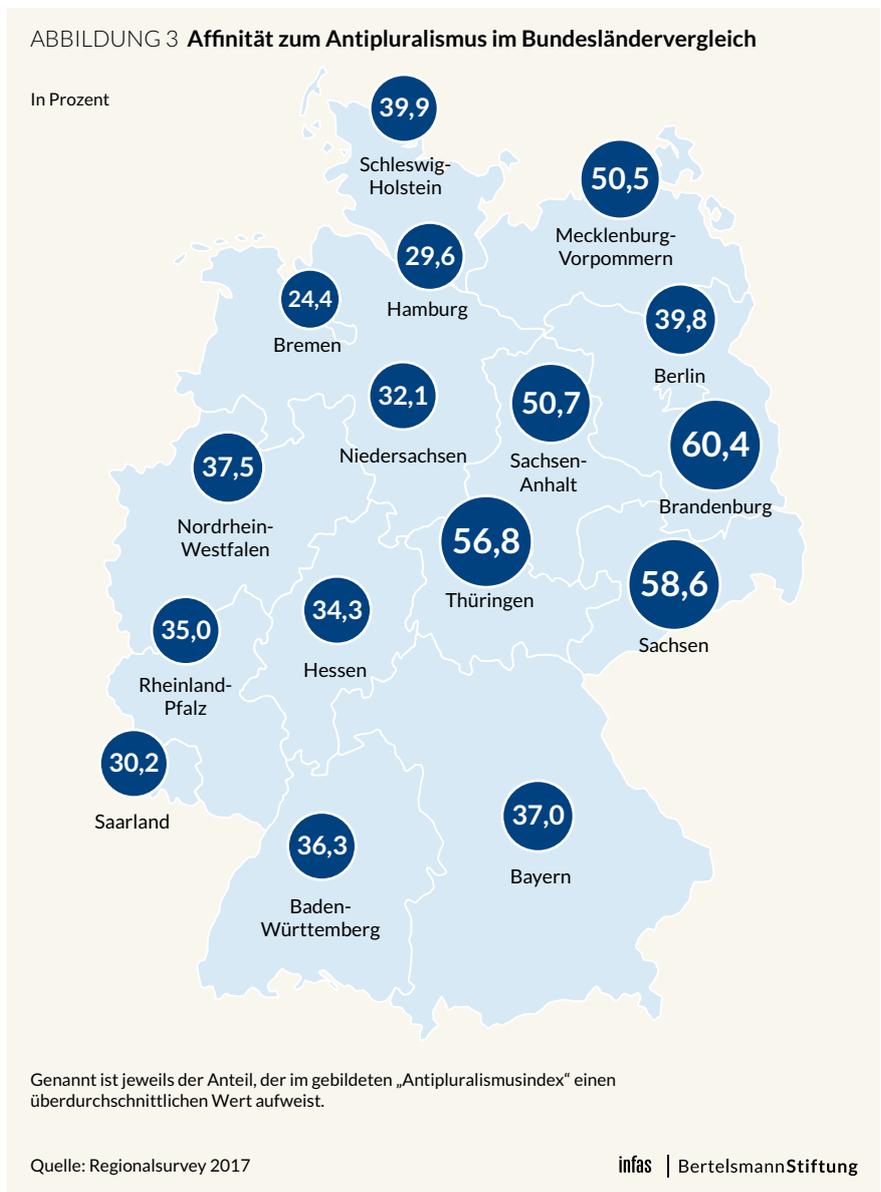
Quelle: Regionalsurvey 2017

infas | BertelsmannStiftung

Diese Beobachtung korrespondiert mit dem bereits berichteten Einkommenseffekt auf individueller Ebene. In der Kombination führt dies vermutlich zu wechselseitigen Verstärkungen: Ein relativ niedriges individuelles Haushaltseinkommen ermöglicht in der Regel nur eine unterdurchschnittliche Wohnungssituation, die wiederum in benachteiligte Quartiere führt. Ob dies dann auch ursächlich für die verstärkte antipluralistische Einstellung ist, muss bezüglich der Wirkungsrichtung offenbleiben. Gleichwohl zeigt die Analyse einen deutlichen Zusammenhang und legt nahe, dass eine bessere individuelle und auch strukturelle Situation in Bezug auf eine antipluralistische Anfälligkeit präventiv wirken kann. Verstärkt wird dies durch die zu erkennenden Bildungseffekte. Sie gehören ebenfalls zu diesem Komplex einer „Unterprivilegiertheit“, denn ein formal niedrigeres Bildungsniveau führt, wie dargestellt, zu einer höheren Wahrscheinlichkeit, dem antipluralistischen Lager anzugehören.

Den Niveauunterschied zwischen Ost und West unterstreichen die Gesamtwerte der einzelnen Bundesländer (Abbildung 3). Das Sample mit einem Umfang von über 5.000 Befragten und einer auch nach Bundesländern gesteuerten Stichprobenkonzeption lässt diese differenzierte Betrachtung zu. Der Anteil der Antipluralisten überschreitet nach dieser Differenzierung in allen ostdeutschen Ländern

unter den Befragten die 50-Prozent-Grenze. In allen westdeutschen Ländern einschließlich Berlin liegt er mit weniger als 40 Prozent der Befragten deutlich darunter.



Blick in die Tiefe: Antipluralistische Einstellungsunterschiede

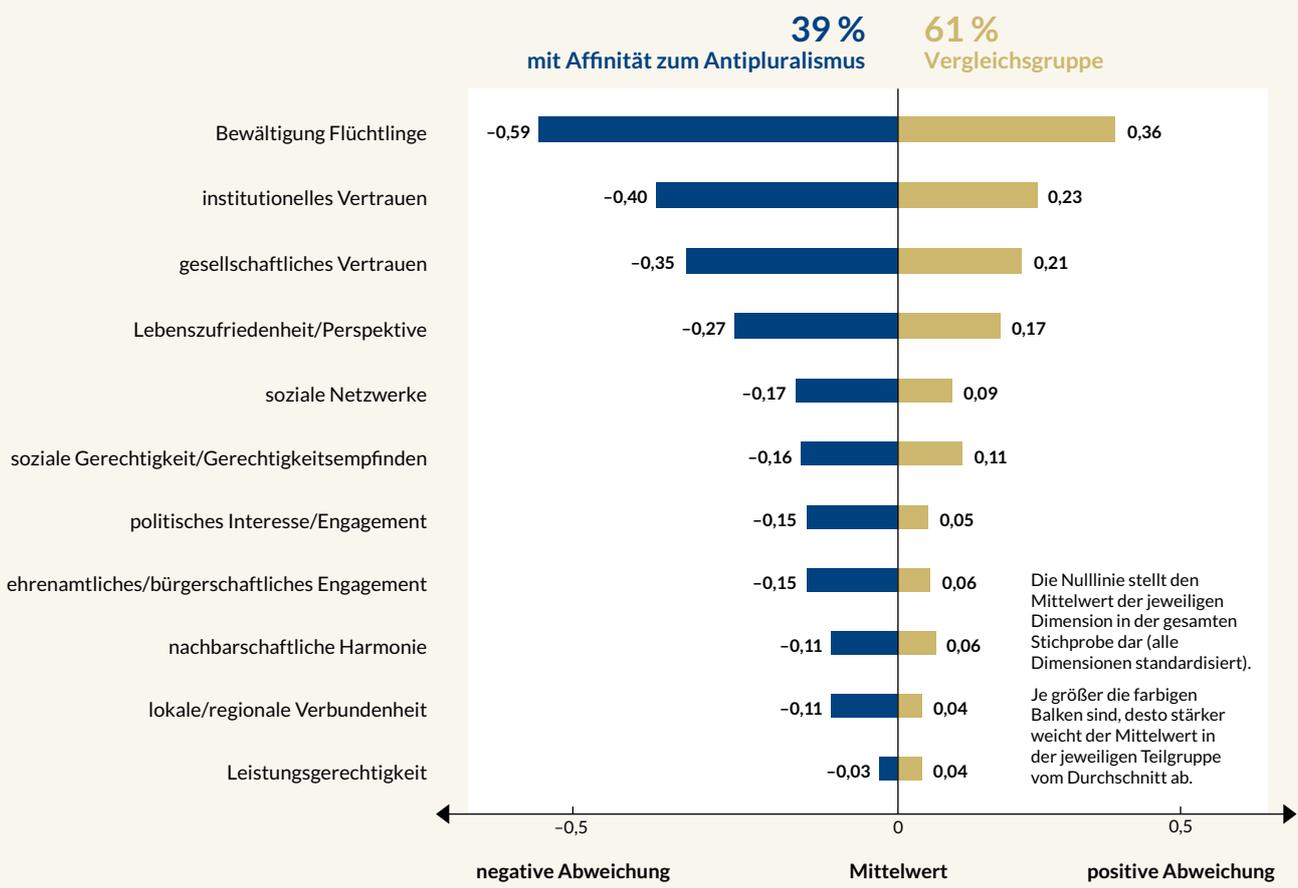
Die bisher dargestellten Befunde decken sich mit Ergebnissen aus zahlreichen aktuellen empirischen Studien zum Rechtspopulismus und zu rechtsextremen Einstellungsmustern (siehe dazu die Literaturliste am Ende des Artikels). Je nach gewählter Abgrenzung und Definitionsebene lässt sich bei einem Anteil von knapp 10 und bis 40 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung eine Populismusorientierung feststellen, zu der auch antipluralistische Überzeugungen gehören. Auch den Einfluss sozioökonomischer und regionaler Strukturmerkmale belegen immer wieder auch komplexere statistische Modelle. Bildungs- und Wohlstandseffekte führen zu den deutlichsten Ausschlägen, ebenso das Stadt-Land-Gefälle sowie die offenbar unterschiedlichen Befindlichkeiten in West- und Ostdeutschland.

Trotz dieses Nachweises deutlicher Zusammenhänge lassen sich die untersuchten Einstellungsmuster damit nur teilweise erklären. Rechtspopulistische und antipluralistische Haltungen finden sich eben weder nur in gut abgrenzbaren Bevölkerungsgruppen noch treten sie in dörflichen Umgebungen in Reinform auf. Sie sind mehr oder weniger ausgeprägt in allen gesellschaftlichen Gruppen nachweisbar und keine homogene Erscheinung. Hier eröffnen die Daten des Regionalsurveys weitere Erkenntnismöglichkeiten: Weil der Survey mehr Einstellungskomplexe erfasst als andere Studien, kann mit ihm der „Durchdringung“ und der Heterogenität genauer nachgegangen werden. Zusätzlich gestattet der Stichprobenumfang eine Segmentierung innerhalb der Gruppe der Befragten mit überdurchschnittlicher Affinität zum Antipluralismus, auf die in anderen Zusammenhängen aufgrund der geringeren Stichprobenumfänge oft verzichtet werden muss.

Abbildung 4 stellt die Einstellungsmerkmale der Gruppe der Antipluralisten denen der pluralistischer eingestellten Vergleichsgruppe gegenüber. Dabei greifen wir auf die bereits dargestellten elf Dimensionen zurück. Die Ausschläge in der Abbildung bestätigen einige Wahrnehmungen in der Öffentlichkeit der jüngsten Zeit: So spiegelt sich in unseren Ergebnissen die polarisierte Debatte zur Flüchtlingseinwanderung, auch für das vielfach bemühte Bild des Modernisierungsverlierers mit pessimistischer Lebenseinstellung finden sich Belege. Gleichzeitig ist bei den Personen, die antipluralistische Tendenzen aufweisen, eine überdurchschnittliche Skepsis gegenüber ihren Mitmenschen sowie gegenüber gesellschaftlichen und politischen Institutionen zu beobachten. Die Skepsis verstärkt sich mit Blick auf die Flüchtlingssituation: Antipluralisten nehmen häufiger als die Vergleichsgruppe Probleme mit Flüchtlingen in ihrer Wohngegend wahr und zweifeln stärker als andere daran, dass Deutschland die Aufnahme und Integration der

Flüchtlinge bewältigen wird. Überdies sind sowohl ihr politisches Interesse wie auch ihr ehrenamtliches Engagement deutlich geringer ausgeprägt.

ABBILDUNG 4 Einstellungen von Antipluralisten und Vergleichsgruppe



Quelle: Regionalsurvey 2017

infas | BertelsmannStiftung

Den Zusammenhalt in Deutschland betrachten Personen mit einer überdurchschnittlichen Affinität zu antipluralistischen Einstellungen häufig als gefährdet. Ihr Urteil über den Zusammenhalt innerhalb der Nachbarschaft fällt zwar im Vergleich positiver aus. Nichtsdestotrotz beschreiben sie ihre Nachbarschaft als weniger harmonisch und fühlen sich dort deutlich weniger eingebunden als dies bei der Vergleichsgruppe der Fall ist. Insgesamt sind die Antipluralisten deutlich weniger sozial vernetzt und weniger integriert. Offenbar bieten eine harmonische Nachbarschaft und eine bessere soziale Einbindung einen gewissen Schutz vor einer Zuwendung zu populistischen Haltungen. Eine Garantie dafür sind sie jedoch nicht. Die gesteigerte soziale Einbindung der eher pluralistisch orientierten Vergleichsgruppe ist nicht zwangsläufig mit einer stärkeren lokalen und regionalen Verbundenheit gleichzusetzen. Hier spielen weitere Faktoren wie Lebensphasen oder berufliche Entwicklungen eine wichtige Rolle, die jedoch nicht Bestandteil der vorliegenden Erhebung waren.

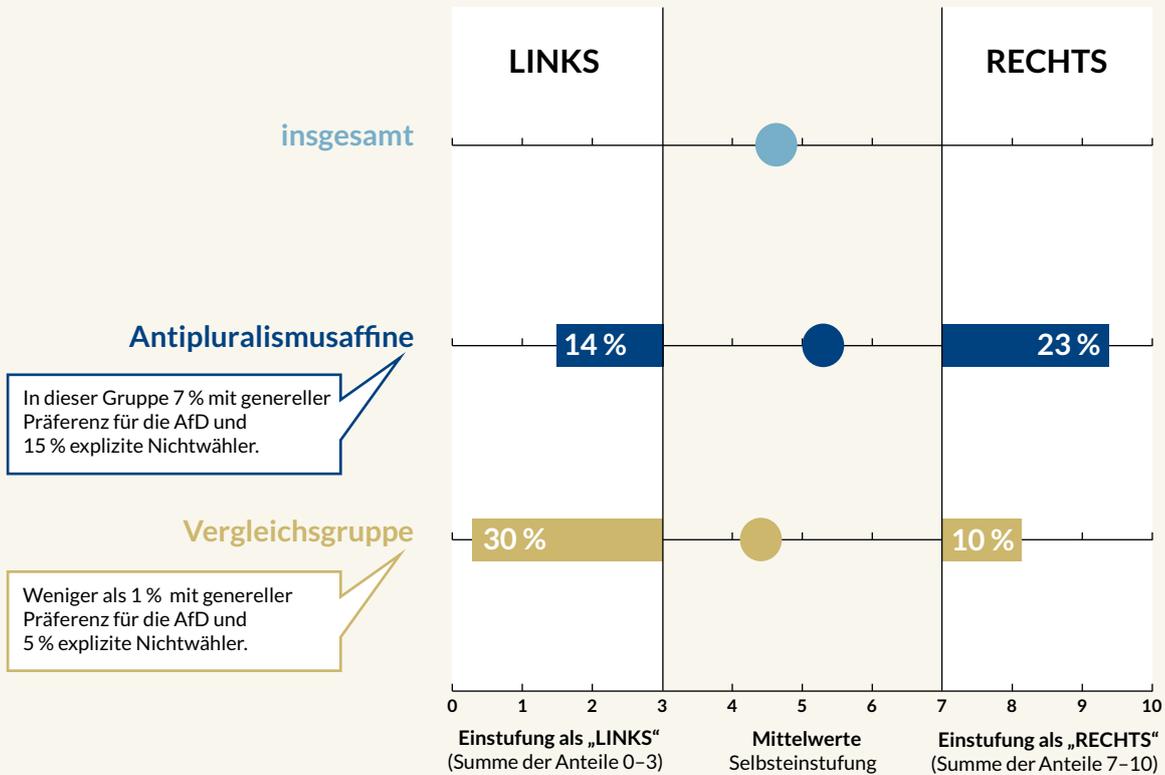
Politische Orientierung und Parteipräferenz

Bewusst nicht herangezogen wurden bisher politische Orientierungen. Sie sind nicht Bestandteil der gewählten Definition und gehören nur indirekt zu den beschriebenen Einstellungsbündeln. In der Befragung erhoben wurde jedoch eine Rechts-links-Selbsteinstufung, operationalisiert über die dabei üblicherweise gewählte elfstufige Skala (Wertebereich 0 bis 10). Dabei stehen die niedrigen Werte für eine Linksorientierung, während hohe Ziffern eine Rechtsorientierung ausdrücken. Bundesweit und für alle Befragten unabhängig von der Antipluralismuseinstufung betrachtet, liefert diese Operationalisierung einen Mittelwert von 4,6 (vgl. Abbildung 5). In Westdeutschland liegt er insgesamt bei 4,7 und in Ostdeutschland bei 4,4. In einer derart generalisierten Sichtweise sind die Unterschiede gering. Jedoch weisen die Antipluralisten in West wie Ost höhere Ziffern, also eine eher politisch rechte Einstellung, auf. In Westdeutschland liegt ihr Wert bei 5,3, während die Vergleichsgruppe der Pluralismusaaffinen (gemäß gebildetem Index) 4,4 erreicht. In Ostdeutschland liegen die Werte bei 4,8 und 3,9, gesamtdeutsch bei 5,2 und 4,3 (vgl. Abbildung 5). Diese statistisch signifikanten Unterschiede machen deutlich, dass unter den Antipluralisten eine rechte politische Orientierung deutlich ausgeprägter ist.

Aber auch dieses Bild hat zwei Facetten. Dies lässt sich durch zusammengefasste Anteilswerte zeigen. Personen, die sich als rechtsorientiert klassifizieren lassen, weil sie auf der Rechts-links-Skala einen Wert von mindestens 7 wählen, sind unter den Antipluralisten mit einem Anteil von gut 23 Prozent vertreten (vgl. ebenfalls Abbildung 5). In der Vergleichsgruppe liegt ihr Anteil bei etwa 10 Prozent, ist also weniger als halb so groß. Die Berechnung für eine hohe Linksorientierung (Werte 0 bis 3) zeigt das umgekehrte Bild: Der Anteil dieser Gruppe unter den Antipluralisten“ liegt bei etwa 14 Prozent und in der Vergleichsgruppe bei etwa 30 Prozent. Zugleich wird aber auch deutlich: Unter den Antipluralisten finden sich nicht nur ausgeprägt politisch rechts Denkende, sondern auch solche mit ausgeprägter Linksorientierung (und in der Vergleichsgruppe genauso).

Der Vollständigkeit halber noch ein kurzer Blick auf die ermittelten grundsätzlichen Parteipräferenzen: Sie bilden im Gegensatz zu der oft durch aktuelle Stimmungen geprägten Sonntagsfrage eher die langfristigen Orientierungen ab. Hier zeigt sich zum Befragungszeitpunkt im Frühjahr 2017 ebenfalls Erwartbares. Unter den Antipluralisten gibt es etwa 7 Prozent bekennende AfD-Wähler. In der Vergleichsgruppe ist diese Parteipräferenz mit weniger als 1 Prozent kaum vertreten. Gleiches gilt für explizite Nichtwähler: Ihr Anteil liegt unter den Antipluralisten bei 15 Prozent und nur bei knapp 5 Prozent in der Vergleichsgruppe.

ABBILDUNG 5 Rechts-Links-Selbsteinstufung und Parteipräferenz für die AfD



Die politische Rechts-Links-Selbsteinstufung wird auf einer Skala von 0 (extrem links) bis 10 (extrem rechts) gemessen. Bundesweit liegt der Mittelwert für die Gesamtstichprobe bei 4,6. Bezogen auf die Gruppe der Antipluralisten rückt er nach rechts (5,2), bezogen auf die Vergleichsgruppe nach links (4,3). Schaut man nur auf diejenigen, die eine Selbsteinstufung von 7 oder höher wählen, so beträgt ihr Anteil unter den Antipluralisten 23 Prozent, in der Vergleichsgruppe 10 Prozent. Diejenigen, die eine Selbsteinstufung zwischen 0 und 3 wählen, sind unter den Antipluralisten mit einem Anteil von 14 Prozent, in der Vergleichsgruppe mit einem Anteil von 30 Prozent vertreten.

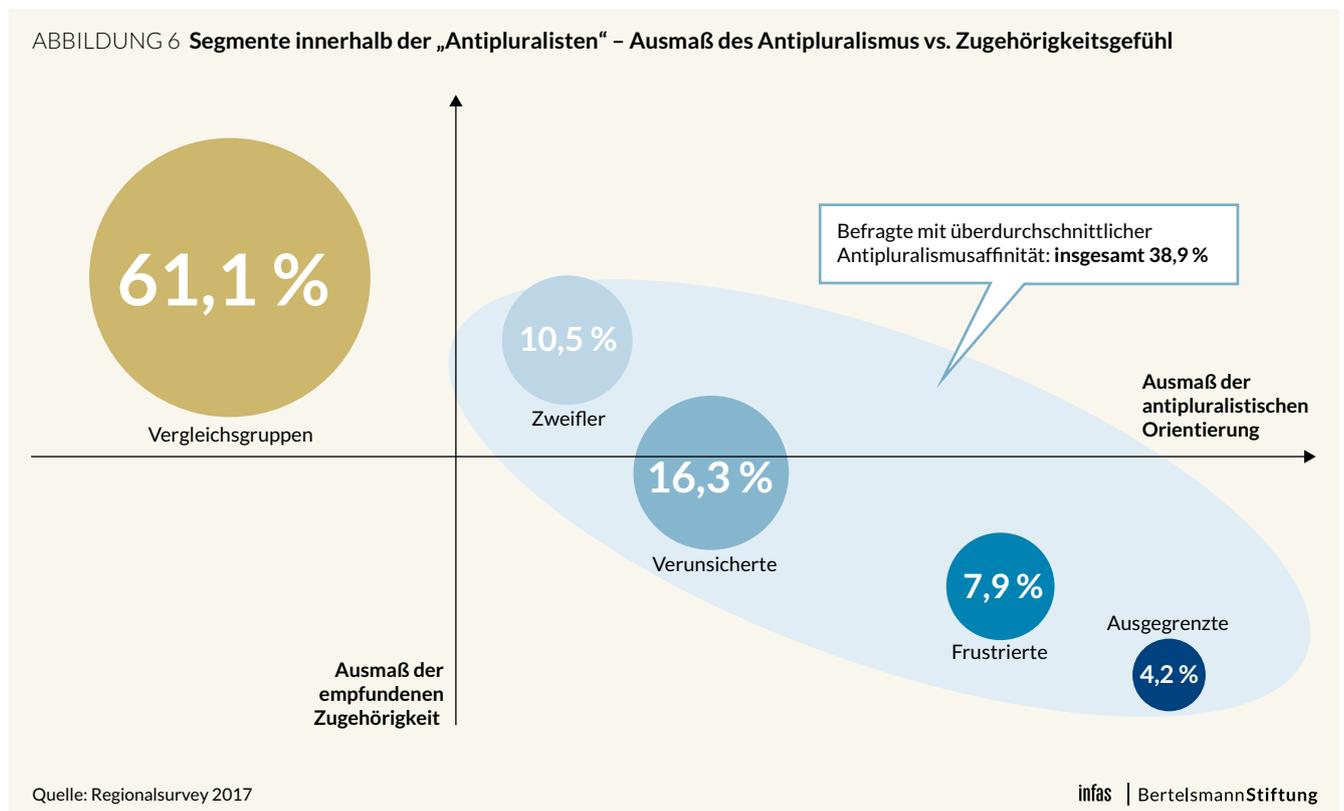
Quelle: Regionalsurvey 2017

infas | BertelsmannStiftung

Antipluralisten: Eine Typenunterscheidung

Im Ergebnis zeigt sich, dass die Gruppe der Antipluralisten erheblich vielschichtiger ist, als man zunächst annehmen könnte. Zugleich ergeben sich daraus wertvolle Anhaltspunkte, wie den in dieser Gruppe vertretenen Vorbehalten gegen gesellschaftliche Vielfalt zu begegnen wäre.

Basierend auf einer Clusteranalyse anhand der elf Dimensionen (vgl. Abbildung 2) lassen sich innerhalb der Antipluralisten vier Teilgruppen identifizieren, die sich entlang ihrer Einstellungsmuster, Konfliktlinien und Sozialstruktur deutlich unterscheiden. Auch die Intensität ihrer antipluralistischen Einstellung variiert erheblich. Auf der einen Seite gibt es gesellschaftlich gut etablierte Personen, auf der anderen Seite diejenigen, die deutliche Gefühle der Ausgrenztheit kundtun, und solche, die gefestigte antipluralistische Einstellungen vertreten. Dies geben die in Abbildung 6 gewählten Bezeichnungen für die vier gebildeten Teilsegmente wieder.



In der Abbildung 6 werden drei Dimensionen kombiniert dargestellt. Die von rechts nach links verlaufende Achse kennzeichnet das Ausmaß der Antipluralismusaffinität. In der Vertikalen wird das empfundene Zugehörigkeitsgefühl angezeigt – gebildet aus mehreren Variablen, welche die regionale und überregionale Verbundenheit sowie die Verbindung zu Freundeskreisen und Nachbarschaft ausdrücken. In den Kreissymbolen finden sich Angaben zu den Anteilen der jeweiligen Gruppe:

- Rechts von der Mitte stehen die vier Antipluralismussegmente.
- Die schwächste Affinität innerhalb der Antipluralismussympathisanten weisen hier die sogenannten Zweifler auf. Sie haben einen Anteil von rund 11 Prozent an den Befragten. Im Gegensatz zu den weiteren drei Segmenten schneiden sie als einzige hinsichtlich der Verbundenheit noch überdurchschnittlich ab.
- Die größte Gruppe innerhalb der abgegrenzten Antipluralisten bilden die Verunsicherten. Ihr Anteil an den Befragten beläuft sich auf etwa 16 Prozent. Wie in der Abbildung veranschaulicht, weisen sie gleichzeitig, relativ gesehen, eine mittlere Antipluralismusaffinität auf. Hinsichtlich der Zugehörigkeit liegen sie bereits knapp unter dem Durchschnitt der Gesamtstichprobe.
- Sortiert an Position drei nach dem Kriterium der Antipluralismusaffinität folgen mit einigem Abstand hinsichtlich der Ausprägung der Pluralismusbewehalte mit rund 8 Prozent der Befragten die von uns so benannten Frustrierten. Sie liegen hinsichtlich der Zugehörigkeit im unteren Drittel der Skala.
- Sowohl nach der Segmentgröße als auch nach dem Ausmaß der Antipluralismusorientierung an vierter Stelle stehen die hier so bezeichneten Ausgegrenzten. Sie machen einen Anteil von etwa vier Prozent der Befragten aus..

Wie sich die vier identifizierten Teilgruppen in ihren Einstellungen, ihren Antriebsmustern zum Antipluralismus und in ihrer Sozialstruktur unterscheiden, stellen die folgenden Abschnitte dar. Zur Orientierung stellen wir eine tabellarische Übersicht zu ausgewählten strukturellen Merkmalen der unterschiedenen Gruppen voran (Tabelle 3).

Für die Einstellungsmerkmale liefert Abbildung 7 die Ergebnisse für die vier betrachteten Segmente ebenso wie für die Vergleichsgruppe. Dabei wurden, wie bereits in Abbildung 4, die Differenzen vom Mittelwert der jeweiligen Merkmalbündel für die gesamte Stichprobe abgetragen.

Die Werte in der Abbildung sowie die weiteren Angaben in Tabelle 3 liefern die Profilangaben, anhand deren die vier Cluster nun im Detail beschrieben werden können.

TABELLE 3 Merkmale in den Teilssegmenten der Antipluralisten

In Prozent

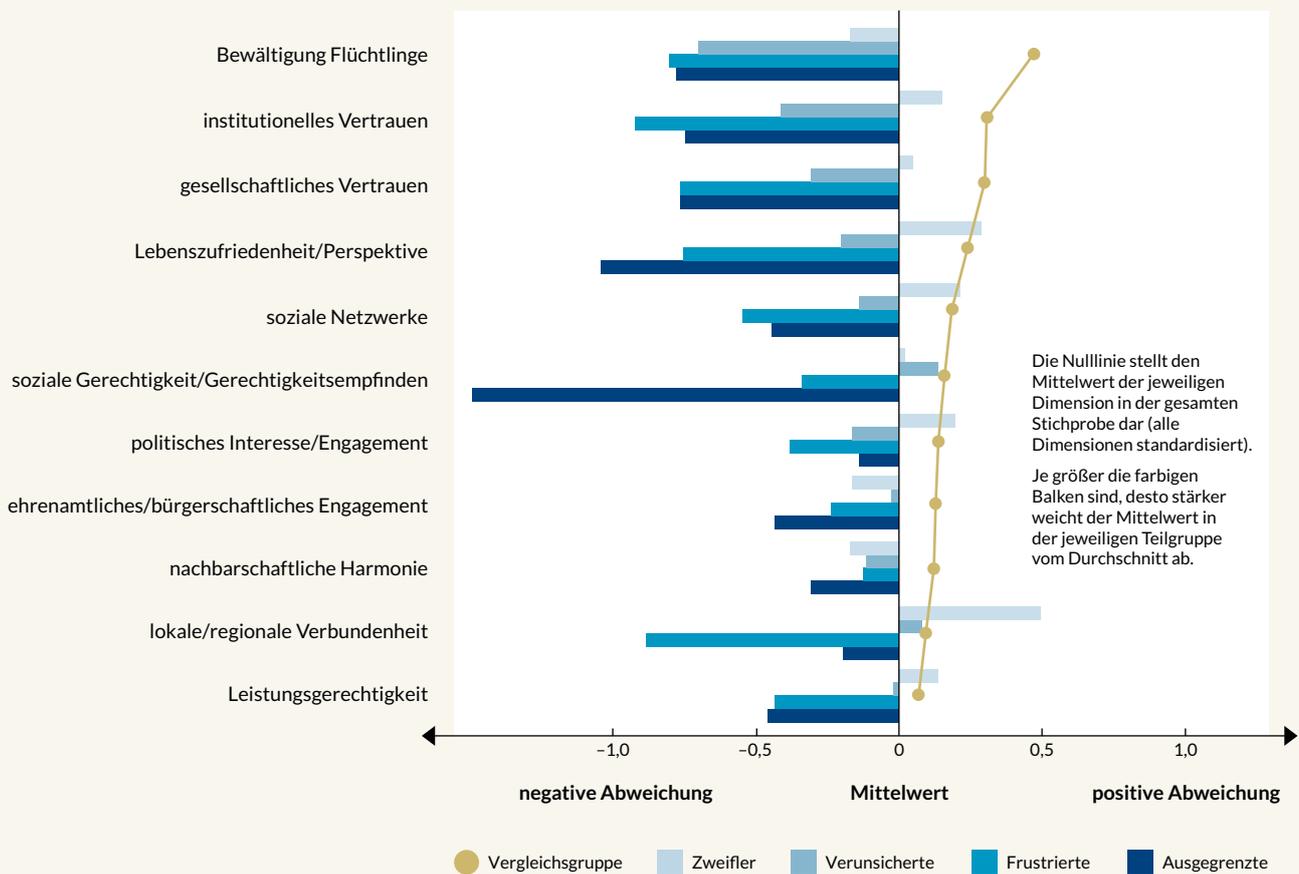
	ZWEIFLER	VERUNSICHERTE	FRUSTRIERTE	AUSGEGRENZTE	KEINE ANTIPLURALISMUSAFFINITÄT (VERGLEICHSGRUPPE)
Durchschnittsalter	52 Jahre	50 Jahre	49 Jahre	56 Jahre	50 Jahre
Geschlecht					
Männer	50,3	49,4	44,2	48,3	47,6
Frauen	49,7	50,6	55,8	51,7	52,4
Bildungsniveau					
sehr niedrig	23,3	22,7	22,6	30,1	11,4
niedrig	33,8	40,9	42,0	41,6	29,1
mittel	15,0	14,3	16,5	12,4	21,6
hoch	27,9	22,1	18,8	15,8	37,9
nach Gebietstyp (BBR-Regionstyp)					
Städtische Regionen	46,8	46,6	40,8	46,6	49,8
Regionen mit Verstärkeransätzen	30,5	27,0	29,8	28,8	31,3
ländliche Regionen	22,7	26,4	29,3	24,5	18,9
Parteipräferenz Frühjahr 2017 (ohne andere und weiß nicht)					
CDU/CSU	36,7	22,1	9,7	20,0	26,1
SPD	20,3	13,5	15,4	15,3	23,6
Bündnis 90/Die Grünen	4,4	4,4	6,0	3,2	16,7
F.D.P.	4,4	5,2	2,3	0,5	4,0
Die Linke	3,5	6,5	8,3	6,3	7,5
AfD	2,1	7,3	12,9	7,9	0,2
keine	27,1	38,1	39,1	40,5	20,0

Basis: 5.041 Befragte ab 16 Jahren, Bundesrepublik gesamt.

Quelle: Regionalsurvey 2017

infas | BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 7 Einstellungsmuster nach Segmenten unter den „Antipluralisten“



Quelle: Regionalsurvey 2017

infas | BertelsmannStiftung

1. Die Zweifler

Diese Teilgruppe (Anteil 10,5 Prozent) weist im internen Gruppenvergleich die schwächste antipluralistische Affinität auf. Diese speist sich im Wesentlichen aus konservativen Werten und Einstellungen. Bei den Zweiflern besteht im Vergleich zu den noch folgenden Segmenten eine höhere Teilhabe und eine weniger pessimistische Grundeinstellung. Laut politischer Selbsteinschätzung ordnen sie sich dem mittleren bis moderat rechten politischen Spektrum zu. Ihre Parteipräferenz liegt dabei eindeutig bei der CDU/CSU. Insgesamt sind sie politisch interessierter als die anderen Segmente. Entsprechend ist ihre Wahlbereitschaft vergleichsweise ausgeprägter.

Ihre Einstellung gegenüber Flüchtlingen ist als eher gemäßigt und in Teilen als ambivalent zu bezeichnen. So befürworten sie in moderater Weise die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland; diese sollten jedoch möglichst nicht in ihrer Nachbarschaft leben. Gleichzeitig fordern sie, dass sich der Staat mehr um die Flüchtlinge kümmern sollte. Vor dem Hintergrund ihres vergleichsweise hohen

institutionellen und gesellschaftlichen Vertrauens bleiben sie dabei tendenziell optimistisch, dass Aufnahme und Integration der Flüchtlinge bewältigt werden kann. Jedoch sind sie überzeugt, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland durch die Flüchtlingskrise in Teilen gefährdet ist.

Das Leistungsprinzip ist ein Credo dieser formal höher als die anderen Segmente gebildeten Gruppe. Mehr als alle anderen – auch die Vergleichsgruppe – sehen sie daher in der Gesellschaft die Leistungsgerechtigkeit gegeben. Dies ist auch ihr Maßstab für gesellschaftspolitische Entscheidungen und ihre Wahrnehmung – und Akzeptanz – sozialer Unterschiede in der Gesellschaft. Wirtschaftlich und gesellschaftlich haben Vertreter dieses Segments vergleichsweise häufig das erreicht, was sie angestrebt haben. Entsprechend sind sie mit ihrem Leben tendenziell zufrieden und blicken optimistischer als Vertreter der übrigen drei Segmente in die Zukunft. Umgekehrt bedeutet dies, dass es für sie auch etwas zu verlieren gibt. Ähnlich wie die Verunsicherten sind sie in soziale Netzwerke eingebunden. Ihre Nachbarschaft beschreiben sie als harmonisch. Vielfach befinden sich ihre Nachbarn in einer ähnlichen Lebenssituation und Lebensphase wie sie selbst, was Dissonanzen zu minimieren scheint. Insgesamt präsentieren sie eine sehr hohe Sesshaftigkeit.

Neben Familien mit schon etwas älteren Kindern gehören verstärkt Singles oder Paare im Alter von 65 Jahren und älter dieser Gruppe an. Weitergehend ist der Anteil an Westdeutschen in dieser Teilgruppe auffällig. Dabei sind sie vermehrt in strukturstarken und wachsenden Kommunen zu verorten.

2. Die Verunsicherten

Die Verunsicherten verteilen sich quer durch die bundesdeutsche Gesellschaft (Anteil 16,3 Prozent). Sie gehören vor allem mittleren Alterskohorten an. In ihrer überwiegenden Zahl gehen sie einer Erwerbstätigkeit nach und sind ähnlich wie die Zweifler sozial integriert. Sie können sowohl auf einen stabilen Freundeskreis als auch auf einen guten Zusammenhalt in der Nachbarschaft bauen. Dabei präsentiert sich ihre Nachbarschaft sozialstrukturell ähnlich unauffällig in der Mitte der Gesellschaft wie die Gruppe selbst.

Ihre soziale Vernetzung schlägt sich in einer hohen lokalen Verbundenheit und Sesshaftigkeit nieder. Entsprechend sind sie ebenso eher am Geschehen vor Ort interessiert und engagieren sich eher als die anderen Segmente innerhalb der Antipluralisten dafür auch in ihrem Umfeld, etwa im Rahmen von Vereinsaktivitäten. Im Vergleich zur Gesamtstichprobe sind ihr politisches Interesse und ihre Wahlbereitschaft jedoch eher durchschnittlich ausgeprägt. Gleiches gilt auch für ihr ehrenamtliches Engagement. Mit ursächlich dafür ist vermutlich die Tatsache, dass ihr Vertrauen in Institutionen und die Gesellschaft gestört ist. Solche Vorbehalte werden durch Ereignisse wie die Flüchtlingseinwanderung bestärkt, die sie als spannungsvoll wahrnehmen. Im Resultat sehen sie in der Aufnahme und Integration der Flüchtlinge eine Überforderung der bundesdeutschen Gesellschaft und ihrer Institutionen.

Prägend für diese Gruppe ist insgesamt eine Verunsicherung und Irritation, die hervorgerufen wird durch die aktuellen Geschehnisse. Sie schlägt sich in ihrer

gemäßigt antipluralistischen Einstellung vor dem Hintergrund einer eigentlich unpolitischen und eher wenig an Dingen außerhalb der täglichen Lebenswelt interessierten Grundhaltung nieder. Dies lässt sie nicht gänzlich am Zusammenhalt der Gesellschaft zweifeln, macht sie jedoch ebenso empfänglich für rechtspopulistische Argumentationen, die ihnen in scheinbar unsicheren Zeiten gefühlten Halt und Problemlösungen vermitteln. Nach ihrer persönlichen Einschätzung verordnen sie sich tendenziell eher in der politischen Mitte, sehen sich selbst also nicht unbedingt affin zu rechtspopulistischen Einstellungsmustern und gehören ganz überwiegend nicht zur AfD-Wählerschaft. Mit ihrer persönlichen Lebenssituation sind sie insgesamt eher zufrieden, empfinden sich ihrer Leistung nach gerecht behandelt und blicken eher moderat positiv als pessimistisch gestimmt in ihre Zukunft.

3. Die Frustrierten

Die Gruppe der Frustrierten (Anteil 7,9 Prozent) ist in vielerlei Hinsicht auffällig: zum einen durch ihre eher rechts ausgerichteten politischen Überzeugungen und Einstellungsmuster, zum anderen durch die von ihnen selbst als ausgesprochen ungerecht und daher benachteiligt empfundene Lage. Dies drückt sich auch in ihren relativ hohen Sympathiewerten für die AfD aus. Überwiegend handelt es sich bei Vertretern dieser Gruppe um Personen im fortgeschrittenen, aber noch erwerbsfähigen Alter. Zudem ist diese Gruppe in Ostdeutschland häufiger vertreten. Dabei sind sie jedoch sowohl in eher strukturschwachen, schrumpfenden Kommunen anzutreffen als auch in überdurchschnittlich prosperierenden Regionen.

Mit ihrer aktuellen Lebenssituation sind sie äußerst unzufrieden. Allerdings fehlen ihnen gegenwärtig die Ressourcen, ihre Lebenssituation maßgeblich verändern zu können, denn sie verfügen über ein eher unterdurchschnittliches Bildungs- und Einkommensniveau. Die Erfahrung von Phasen der Arbeitslosigkeit gehört für sie vielfach zur Normalität.

Nicht nur ihre persönliche Lebenssituation erscheint für diese Gruppe belastend, auch werden sie durch ihr Wohnumfeld und ihre Nachbarschaft benachteiligt. Hierunter fallen Beeinträchtigungen durch Industrie- und Gewerbeanlagen, stark frequentierte Straßen, die Nähe zu Bahntrassen und Autobahnen sowie Beeinträchtigungen durch die Siedlungsstruktur, zum Beispiel ein Mangel an Grünflächen, hohe Siedlungsdichte und Geschossigkeit oder Modernisierungsdefizite der Wohngebäude. Gleichzeitig erfahren sie, dass sich ihre Nachbarn häufig in ähnlicher Lebenssituation befinden wie sie selbst. Dies schafft einerseits individuelle Schutzräume, aber andererseits bestätigt es das Gefühl ihrer sozialen Benachteiligung. Ihre Nachbarschaft beschreibt diese Gruppe oft als schwierig. Dazu zählen etwa Probleme mit Vandalismus. Zudem geben sie vereinzelt an, dass sie sich unsicher fühlen. Den Zusammenhalt in der Nachbarschaft stellen sie insofern insgesamt als eher negativ dar. Ihr Umzugswunsch ist etwas ausgeprägter als in den übrigen Segmenten. Aber es fehlen oft Ressourcen und Perspektiven, dieses Vorhaben umzusetzen.

Die scheinbare Ausweglosigkeit ihrer Lebenssituation lässt diese Gruppe an Lebensperspektiven zweifeln: Sie haben mehr als andere gegenüber der Gesellschaft resigniert und sind eher destruktiv eingestellt. Gleichzeitig fehlen ihnen

soziale Netzwerke, die Auswege aufzeigen könnten. Ihren Mitmenschen bringen sie insgesamt ein deutlich verringertes Vertrauen entgegen. Sie fühlen sich von der Gesellschaft abgehängt und vernachlässigt. Die Flüchtlingssituation bestätigt aus ihrer Perspektive einmal mehr dieses Gefühl. In keinem Segment ist die Einschätzung, dass die Gesellschaft und ihre Institutionen an der Aufnahme und Integration der Flüchtlinge scheitern werden, stärker ausgeprägt. Verbreitet ist die Meinung, dass der Staat den Flüchtlingen zu viel Aufmerksamkeit schenkt und darüber hilfsbedürftige Deutsche vernachlässigt. Nicht nur die vermeintlich zunehmende Vielfalt sehen sie als Bedrohung, sondern auch die Globalisierung. Die damit oft verbundene subjektive Empfindung der Überfremdung steht jedoch im Widerspruch zum eher durchschnittlichen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld, insbesondere im Osten Deutschlands. Den Zusammenhalt in Deutschland betrachtet die Mehrheit von ihnen trotzdem als gefährdet.

Ihr Vertrauen in die Handlungs- und Problemlösungskompetenz der gesellschaftlichen und politischen Institutionen ist deutlich gestört – auch hier hebt sich diese Teilgruppe von den anderen Segmenten ab. Es zeichnet sich in Teilen dieser Gruppe daher auch eine Abkehr von demokratischen Werten ab. Ihr Politikinteresse, ihre politische Partizipation sowie Wahlbereitschaft sind insgesamt eher gering ausgeprägt. Die beiden großen „Volksparteien“ erreichen zusammen bei dieser Gruppe eine Zustimmung von lediglich 25 Prozent.

4. Die Ausgegrenzten

Die Gruppe der Ausgegrenzten (Anteil 4,2 Prozent) weist bei einigen Aspekten Parallelen zum Segment der Frustrierten auf, aber auch zu den Verunsicherten. Bei den Ausgegrenzten handelt es sich vermehrt um ostdeutsche Personen mittleren bis höheren Alters. Im Gruppenvergleich präsentieren sie das höchste Durchschnittsalter. In Teilen befinden sie sich bereits im (Früh-)Ruhestand oder sind aus anderen Gründen nicht erwerbstätig. Aber auch Arbeitslosigkeit spielt eine Rolle als Lebenserfahrung. Immerhin 12 Prozent der Befragten in dieser Gruppe geben dies als aktuellen Status an. Ihr Bildungs- und Einkommensniveau ist als niedrig bis mittelmäßig einzuschätzen.

Das besondere Kennzeichen dieser Gruppe sind die fehlenden soziale Netzwerke. Sie leben häufig allein. Zu ihrer Nachbarschaft haben sie tendenziell nur eine geringe Verbundenheit. Den Zusammenhalt in der Nachbarschaft beschreiben sie mittelmäßig bis schlecht, da jeder seiner Wege gehe.

Mit ihrem Leben sind sie eher unzufrieden. Ihr Blick auf die Zukunft ist somit eher pessimistisch gefärbt. Zugleich ist ihre Weltwahrnehmung geprägt von Unsicherheit. Sie nehmen verschiedenartige Spannungen und Bedrohungslagen wahr, die ihre kleinbürgerliche Lebenswelt verändern. Dazu zählen sie unter anderem die Aufnahme von Flüchtlingen. Hinter ihrer Unsicherheit und antipluralistischen Affinität stehen offenbar Vorurteile sowie Ängste vor dem Fremden und einer schwer durchschaubaren Veränderung. Auffallend in diesem Segment ist ein Widerspruch zwischen der subjektiven Empfindung und den objektiven Gegebenheiten im unmittelbaren Wohnumfeld: So ist der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund in ihrem Wohnumfeld unterdurchschnittlich.

Insgesamt ist ihre Beziehung zu den Mitmenschen von Skepsis geprägt. Hinzu tritt die in dieser Gruppe verbreitete Auffassung, dass man in Deutschland nicht mehr frei seine Meinung äußern dürfe, um gegebenenfalls auf Missstände hinzuweisen. „Das wird man ja noch mal sagen dürfen!“ ist deswegen ein Ausspruch, den man in dieser Gruppe häufig hören dürfte.

Sowohl ihr gesellschaftliches als auch politisches Engagement ist deutlich unterdurchschnittlich. Gleichzeitig ist ihr Vertrauen in die gesellschaftlichen und politischen Institutionen gering. Entsprechend ist ihre Wahlbereitschaft eher schwach ausgeprägt und rechtspopulistische Parteien können hier Wähler rekrutieren.

Fazit und Ausblick

Die Ergebnisse unserer Studie weisen bei einem nicht unerheblichen Teil der Befragten ein tendenzielles Unbehagen gegenüber Vielfalt auf. Eine über dem Durchschnitt liegende Affinität zu antipluralistischen Einstellungen findet sich bei 40 Prozent der Befragten. Ängste vor dem Fremden spielen dabei ebenso eine Rolle wie die Sorge vor wachsender Benachteiligung und Konkurrenz um knappe Ressourcen wie Arbeit und Wohnung. Die jüngste Flüchtlingseinwanderung, die binnen kürzester Zeit eine große Zahl von Menschen vor allem aus muslimisch geprägten Ländern nach Deutschland brachte, war ein Signalereignis. Ängste und Sorgen bekamen einen Namen und die in Teilen der Bevölkerung vorhandene Verunsicherung wurde sichtbar.

Diese Sicht von oben auf die Befragten mit überdurchschnittlich ausgeprägten antipluralistischen Überzeugungen wird allerdings den vielfältigen Wirkzusammenhängen und Konfliktlinien nicht gerecht, die bei genauem Hinsehen heterogenen Einstellungen innerhalb dieser Gruppe prägen. Hier finden sich einerseits Personen „auf der Schwelle“ und andererseits tief überzeugte Vertreter antipluralistischer Ansichten mit oft als benachteiligt empfundenen Lebensbedingungen. Auch das vielfach bemühte Bild der „Modernisierungsverlierer“ oder der „Wutbürger“ greift an dieser Stelle zu kurz. Vielmehr sind tief sitzende Einstellungsmuster, Irritationen und Ängste zu beobachten, denen es adäquat zu begegnen gilt.

Zugleich stimmen die Ergebnisse optimistisch über das Ausmaß des engeren, populistisch orientierten Antipluralismus in Deutschland: So beläuft sich der innerste Kern der Ausgegrenzten auf etwa vier Prozent der Befragten. Ihnen müssen eher rechtsorientierte und stabile Überzeugungen gegen gesellschaftliche Vielfalt attestiert werden. Zusammen mit der Gruppe der Frustrierten sind es etwa 12 Prozent der Befragten, denen eine verringerte Lebenszufriedenheit, eine pessimistische Lebenseinstellung, persönliche und gesellschaftliche Frustrationserfahrungen, eine fehlende soziale Einbindung sowie unzureichende materielle Ressourcen gemein sind. Dabei entsprechen ihre subjektiven Einschätzungen – etwa in Bezug auf die Flüchtlingseinwanderung – häufig nicht den objektiven Gegebenheiten vor Ort. Der Blick auf die Wohnsituation insbesondere bei den Frustrierten zeigt jedoch, dass es objektiv benachteiligende Faktoren gibt. Die Politik ist gefordert dafür zu sorgen, dass sie sich nicht verfestigen, etwa durch eine Stärkung des suburbanen Raums und die Aufwertung benachteiligter Quartiere. Dabei gilt es auch zu berücksichtigen, dass vor allem Vertreter der beiden engeren antipluralistischen Gruppen Gesellschaft und Politik für ihre individuelle Lebenssituation verantwortlich machen. Dementsprechend erwarten sie von den gesellschaftlichen und politischen Institutionen Unterstützung. Bleibt diese

Unterstützung tatsächlich oder in ihrer subjektiven Wahrnehmung aus, befördert dies weitere Frustrationen.

Was der Blick auf die beiden besonders antipluralistischen Segmente der Frustrierten und Ausgegrenzten auch zeigt, ist, dass es deutliche Zusammenhänge mit einer schwachen regionalen und nachbarschaftlichen Einbindung und einem unterdurchschnittlichen Gefühl des Aufgehobenseins gibt. Unabhängig von aktuellen politischen Herausforderungen wie der Flüchtlingsintegration wirken hier also offenbar auch andere gesellschaftliche Trends, die die Vereinzelung vorantreiben und jedenfalls für manche, die Adaption an Veränderungen, wie eine wachsende Vielfalt, erschweren.

Etwas im Gegensatz zu diesen beiden Gruppen stehen die Verunsicherten und die Zweifler. Sie sind gesellschaftlich integriert und gut vernetzt – dies ist ihr Schutzpotenzial vor einer Verfestigung ihrer antipluralistischen und in Teilen bereits rechtspopulistischen sowie demokratieskeptischen Haltung. Wirtschaftlich und gesellschaftlich haben insbesondere die Vertreter der Zweifler vergleichsweise häufig das erreicht, was sie angestrebt haben. Aus diesen sozialen Umständen resultiert bei beiden Gruppen eine zufriedene und optimistische Lebenseinstellung, die auch auf die Gesellschaft zurückwirkt. Allerdings fühlen sich Vertreter aus diesen beiden Segmenten durch aktuelle Ereignisse wie die Aufnahme der Flüchtlinge in ihrer Lebenswelt verunsichert. Die tatsächlich oder vermeintlich vergangene Sicherheit gilt es zurückzugewinnen: Denn sie stellen aktuell die Mehrheit der Gruppe der potenziellen rechtspopulistischen Wähler. Im Gegensatz zu den Frustrierten oder Ausgegrenzten handelt es sich bei den Verunsicherten und noch mehr bei den „Zweiflern um Personengruppen, die den politischen Diskurs und die Bürgerbeteiligung eigentlich suchen. Falsch wäre es daher, sie aus der aktiven politischen Auseinandersetzung auszuschließen und ihre Verunsicherung und Forderungen als randständig abzuwehren. Denn solange die Probleme, auf die die Proteste reagieren, nicht gelöst sind, wird die gesellschaftliche Spannung fortbestehen. Gleichzeitig gilt es ihnen zu vermitteln, dass Vielfalt und Wandel konstituierende Merkmale einer entwicklungsfähigen Gesellschaft und nur selten wirkliche Bedrohungen sind.

Literaturauswahl – zum Weiterlesen

- Baumann, Zygmunt (2016).** *Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache.* Edition Suhrkamp, Berlin.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2017).** *Die Stunde der Populisten? Populistische Einstellungen bei Wählern und Nicht-Wählern vor der Bundestagswahl 2017.* Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2016).** *Vielfalt statt Abgrenzung. Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge?* Gütersloh.
- Bozay, Kemal, und Dierk Borstel (Hrsg.) (2017).** *Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft.* Edition Centaurus – Jugend, Migration und Diversity. Wiesbaden.
- Crouch, Colin (2008).** *Postdemokratie.* Edition Suhrkamp. Frankfurt am Main.
- Decker, Oliver, Johannes Kiess und Elmar Brähler (Hrsg.) (2016).** *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland.* Die Leipziger „Mitte“-Studie 2016. Gießen.
- Mäs, Michael (2005).** *Regionalismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit.* VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.
- Melzer, Ralf (Hrsg.), Andreas Zick, Beate Küpper und Daniela Krause (2015).** *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016.* Bonn.
- Melzer, Ralf, Dietmar Molthagen (Hrsg.), Andreas Zick und Beate Küpper (2015).** *Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland.* Bonn.
- Müller, Jan-Werner (2016).** *Was ist Populismus?* Edition Suhrkamp. Berlin.
- Nachtwey, Oliver (2016).** *Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne.* Edition Suhrkamp. Berlin.
- Nandlinger, Gabriele (2008).** *Wann spricht man von Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus oder Neonazismus ...?* Bonn. www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41312/was-ist-rechtsextrem?p=all (Download 1.9.2017).
- Pickel, Gert, und Oliver Decker (Hrsg.) (2016).** *Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme.* Leipzig.
- van de Wetering, Denis (2016).** „Rechtspopulistische Gegenwelt: Aktuelle Kommunikationsformen, gesellschaftliche Resonanz und demokratische Antworten“. *Vielfalt statt Abgrenzung. Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge?* Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. 75 – 94.

Die Autoren

Robert Follmer ist Diplom-Soziologe und seit 1995 bei infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH verantwortlich für den Forschungsbereich Regionalforschung. Er verantwortet die Institutszeitschrift „Lage-maß“ und befasst sich in diesem Rahmen auch mit politikwissenschaftlichen Fragestellungen.

Jette Kellerhoff ist promovierte Sozialwissenschaftlerin und seit 2014 als Seniorprojektleiterin für infas tätig. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen gesellschaftspolitische Themen wie Migration und soziale Ungleichheit sowie im Besonderen Fragen der Stadt- und Regionalentwicklung.

Fridolin Wolf, M.A. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Soziologie – sozialer Wandel am Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der quantitativen europäischen Armutsforschung sowie der Bildungsungleichheitsforschung. Im Sommer 2017 hat er ein Praktikum bei infas absolviert.

Impressum

© Januar 2018
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Dr. Kai Unzicker

Redaktion

Gesine Bonnet

Titelfoto

© Alija / iStockphoto.com

Gestaltung

Markus Diekmann, Bielefeld

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Kai Unzicker
Programm Lebendige Werte
Telefon +49 5241 81-81405
Fax +49 5241 81-681131
kai.unzicker@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de